

Leserbrief

## Prioritäten sortieren

Zu dem Editorial in „Essklasse“ Heft 1/2012 erhielten wir folgenden Leserbrief:

Guten Tag Frau Sichau, Sie haben sich in Ihrem letzten Editorial über die Finanzen der Schulverpflegung ausgelassen. Ihnen ist zuzustimmen, wenn Sie klipp und klar sagen, dass es ohne Subventionen nicht geht, will man eine hohe Qualität erreichen. Bei der Aufzählung, wer denn nun diese Subventionen bezahlen könnte, haben Sie jedoch ins Leere gegriffen. Ist es denn wirklich so, dass Deutschland sich keine Schulverpflegung leisten kann? Wir reden von maximal 500 Mio. Euro, wenn die gesamte

Schulverpflegung gesponsert würde. Sicher, bei den Kommunen ist meist nichts mehr zu holen. (...) Schon eher wird man bei den Ländern selbst fündig. Aber auch hier wurden mittlerweile massive Schulden aufgetürmt, die wenig Spielraum lassen. Reden wir schließlich von der Bundesebene, so darf man nicht nur an die Euro-Schulden denken, die angeblich keine Manövriermasse mehr übriglassen. Auf dieser Ebene gibt es durchaus Spielräume.

Zunächst muss man darauf hinweisen, dass es dank der Föderalismusreform nicht mehr möglich ist, vonseiten des Bundes auch nur einen Cent in die Schulverpflegung zu stecken. Dass das ein Fehler war, wird nun von den früheren Machern dieser Regelung so langsam eingesehen. Entsprechend wird inzwischen versucht, gegenzusteuern. Hier wird es eine Lösung geben müssen. Wenn wir auf der Bundesebene bleiben, dürfen wir diverse Subventionen nicht übersehen, über deren Sinn man ernsthaft nachdenken sollte. So lassen wir uns zum Beispiel

■ die steuerliche Abschreibung für Dienstwagen immerhin 5,5 Mrd. Euro pro Jahr kosten. Hierbei handelt es sich meist um Luxusautos, die zudem als Spritfresser die Umwelt stark belasten. Geschäftsleute, die sich die Kosten des Schulessens problemlos leisten können, müssen z. B. für einen 100.000 Euro teuren Phaeton gerade mal 30.000 Euro berappen. Die Differenz finanzieren wir alle mit.

■ Oder nehmen Sie das Betreuungsgeld, das mit ca. 2 Mrd. Euro veranschlagt wird. Hier werden Familien

dafür belohnt, dass die Frauen zuhause bleiben und ihr Kind unter drei Jahren nicht in eine öffentliche Bildungseinrichtung geben.

■ Ein weiteres Beispiel ist das Ehegattensplitting, das nicht kinderreiche Familien, sondern kinderlose Ehepaare begünstigt. Angesicht einer schrumpfenden Bevölkerung handelt es sich hierbei geradezu um groteske Steuergeschenke. Und das lassen wir uns immerhin 20 Mrd. Euro pro Jahr kosten. Dies sind nur einige Beispiele für Fehlsubventionen. Wenn Sie dann noch bedenken, dass durch Senkung des Spitzensteuersatzes in der Nach-Kohl-Ära die Steuereinnahmen in Höhe von 50 bis 60 Mrd. Euro pro Jahr weggebrochen sind, können wir doch nicht mehr behaupten, es wäre kein Geld da! Richtig ist vielmehr, dass es zum einen fragwürdig verteilt wird und wir zum anderen auf höhere Einnahmen verzichten. Dies alles hat viel mit Lobbyismus zu tun. Und Schulverpflegung hat leider nur eine sehr schwache Lobby. Meinen Sie nicht, dass man das einmal thematisieren sollte? Ein Bruchteil dieser Summen würde schon reichen, die gesamte Schulverpflegung zu bezahlen! Die dafür veranschlagten 500 Mio. Euro sind eigentlich nur Peanuts.

**Deutschland müsste seine** Prioritäten einmal sortieren. Wenn wir dann zum Ergebnis kommen sollten, dass man am Bestehenden nicht rütteln will, so hätten wir endlich Klarheit. Dann bräuchten wir uns keine Gedanken mehr über eine vollwertige Schulverpflegung zu machen. Sie wäre schlicht nicht möglich. Dann sollte man damit aufhören, in Veröffentlichungen die These zu stützen, der Staat sei an einer vollwertigen Schulverpflegung interessiert. Die Aufgabe der Presse und anderer Medien bestünde also weniger darin, Konzepte für eine bessere Schulverpflegung bekannt zu machen, sondern vornehmlich darin, diese fragwürdigen Prioritäten ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren und die Politik mit ihren Widersprüchen zu konfrontieren. Dann kann sich jeder davon überzeugen, ob die vorgegebenen Ziele auch tatsächlich gewollt bzw. ob sie erreichbar sind. Somit kommt auch ein Fachmagazin nicht an der politischen Diskussion vorbei. Es reicht eben auf Dauer nicht, u. a. Best-Practise-Beispiele aufzulisten, wenn sich an der entscheidenden Stelle nichts tut. Vielleicht führt ein Umdenken des Wählers dazu, die Politiker zum Wandel zu bewegen.

**Prof. Dr. Volker Peinelt, Hochschule Niederrhein**



Prof. Dr. Volker Peinelt